

Silvesterabkommen und Wahlen

Die Situation in der DR Kongo wird mit jedem Tag, der die Bevölkerung über die bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Ungewissen lässt, explosiver. Der politische Dialog zwischen Regierung und Opposition ist blockiert und die wichtigsten Teile des Silvesterabkommen sind nicht umgesetzt. Die kritischen Punkte sind die Präsentation eines gültigen Wahlkalenders, welcher das Abhalten der Präsidentschaftswahlen Ende 2017 vorsieht. Auch steht im Abkommen, dass Präsident Kabila kein verfassungswidriges drittes Mandat bestreiten wird. Diese Frage lässt er bis heute unbeantwortet.

Der Großteil der Bevölkerung zeigt sich sehr besorgt, um die Zukunft des Landes. Immer stärker fokussiert sich eine ungewisse politische Situation heraus, bei der die Regierung auf Zeit spielt, die Gewaltherde in vielen Teilen des Landes zunehmen und die Opposition kaum mehr Agitationsraum besitzt und sich Flügelkämpfen hingibt.

Viele Kongolesen befürchten, dass Präsident Kabila auf unbestimmte Zeit in seinem Amt verharren wird, das er laut Verfassung im Dezember 2016 hätte abtreten müssen. Der politische Wille zum Abhalten der Wahlen ist sehr gering. Zwar schreiten die Wahlregistrierungen voran, aber der Vorsitzende der unabhängigen Wahlkommission CENI, Corneille Nangaa, gab im Juli 2017 bekannt, die Durchführung der Wahlen seien in diesem Jahr nicht mehr realisierbar.

Laut CENI wurden bis Mai 2017 22 Millionen Wähler in elf Provinzen registriert. Es fehlen noch 45 Millionen Wähler, welche laut CENI bis Ende Juni hätten registriert sein müssen, um die Wahlen noch bis Ende des Jahres 2017 abzuhalten zu können. Vorwürfe gegenüber der CENI, keine neutrale Institution zu sein, Wahlfälschungen zu tolerieren und zu ermöglichen, sowie die Wahlregistrierung zu verschleppen, sind gehäuft zu vernehmen. So hat selbst in „einfacheren“ Provinzen wie in Kinshasa die Registrierung bis Juni 2017 noch nicht einmal begonnen.

Für Regionen wie Kasai, in denen aufgrund der massiven Gewalt und Konflikte eine Wahlregistrierung nicht möglich ist, müssten Ausnahmeregelungen getroffen werden und diese nicht als Feigenblatt verwendet werden, um zu argumentieren, dass aufgrund der dortigen prekären Situation, Wahlen nicht durchführbar sind. Es gab auch Stimmen, die angesichts der knappen Zeit, für Wahlen im August 2018 plädieren.

Die zwei wichtigsten Oppositionsbündnisse UDPS und G7 bilden kein ausreichend starkes Machtkorrektiv zu der Regierung Kabilas. Bislang gibt es keinen realen Gegenkandidaten für Kabila. Moïse Katumbi, der Ex-Gouverneur von Katanga, hätte aufgrund seiner Bekanntheit und seinen finanziellen Ressourcen gute Voraussetzungen, um den Präsidenten herauszufordern. Er fristet sein Leben aber im Exil, da ein von vielen als fingiert bezeichneter Haftbefehl seitens der kongolesischen Staatsanwaltschaft gegen ihn vorliegt. Mit dem Tod Etienne Tshisekedi im Februar 2017 ist nicht nur der einflussreichste Oppositionspolitiker und Vertreter des Silvesterabkommens gestorben, sondern sein Ableben hat auch die Flügelkämpfe um seine Nachfolge innerhalb der Partei UDPS offen

ausbrechen lassen. Die Opposition ist selbst zu zerstritten und kann sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Immer wieder zeigt sich bei den internen Machtkämpfen, dass Politik stark auf die Eigeninteressen der jeweiligen Akteure aufgebaut ist und an erster Stelle der Abdeckung der Partikularinteressen gilt. Die Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition sind komplett blockiert. Gründe hierfür sind die immer noch ungeklärte Rückführung und der Beerdigungsort Tshisekedis in Kinshasa, das Versammlungsverbot für die Opposition und die fehlende Umsetzung des Silvesterabkommens. Präsident Kabilas eigenmächtige Ernennung des umstrittenen UDPS-Politikers Bruno Tshibala zum Premierminister der Übergangregierung spitzte die Situation weiter zu.

Währenddessen räumt Präsident Kabila weiter in seinen Ministerien und dem Sicherheitsapparat auf. Politiker, die sich politisch professionell verhalten, sind oftmals nicht gewollt und werden auf niedrigere Posten degradiert bzw. ihrer Position enthoben. Recherchen internationaler Organisationen und Think Tanks wie Human Rights Watch oder der Congo Research Group zufolge hat sich die Präsidentenfamilie ein wirtschaftliches Imperium aufgebaut und ist größter Anteilsinhaber an den wichtigsten Firmen im Land.

Sicherheitslage

Gewaltherde in den Provinzen Kasais, dem Nord- und Südkivu und in ehemals ruhigeren Regionen, wie der Provinz Tanganyika, sind alarmierend. Alle Gesprächspersonen waren sich einig, dass der Kasai-Konflikt und die Bildung der militanten Miliz Kamina Nsapu ein Resultat der restriktiven Politik Kinshasas ist. Bei der Ernennung von lokalen Chiefs entstehen wiederholt Konflikte zwischen der Regierung in Kinshasa und den lokalen Verwaltungen. Der einst lokale Konflikt in der Oppositionshochburg Kasai-Central hat sich zu einem flächengreifenden Konflikt ausgeweitet. Die kongolesische Armee FARDC gehen mit ungebremster Gewalt gegen die Milizen und verdächtige Personen - vor allem Jugendliche und junge Erwachsene - in der Region vor.

Seit September 2016 flohen über 1,3 Millionen Menschen aus den Kasai-Provinzen. Laut Angaben der Katholischen Bischofskonferenz sollen der Gewalt in Kasai über 3 000 Menschen zum Opfer gefallen sein. Die Vereinten Nationen (VN) zählten mehr als 38 Massengräber in der Region.

Die Gegend um die Stadt Beni im Nordkivu ist eine weitere Krisenregion, in der es seit über drei Jahren immer wieder zu exzessiver Gewalt kommt. Auch hier sind die Massaker an der Bevölkerung nicht aufgeklärt und sowohl Einheiten der FARDC als auch verschiedene Rebellengruppen sollen für die Gewalt verantwortlich sein. Als eine Ursache der Gewalt führen Gesprächspartner Landkonflikte an. Beni verfügt über viel fruchtbares Land, welches auf Interesse vieler stößt, nicht nur der Präsidentenfamilie, welche zunehmend Land im Nordkivu aufkauft.

In einem Klima der Straflosigkeit und perspektivischen Ungewissheit nimmt auch das Kleinbanditentum zu. Aufgrund der Gefahr von Überfällen und gehäuften Fällen von Kidnapping können viele Menschen ihre Felder nicht mehr bestellen. Gleichzeitig verzeichnen die Städte wie Kananga in Kasai-Central sowie Bukavu, Goma und Beni in Süd- und Nordkivu einen enormen Zuwachs an geflüchteten Menschen aus dem Umland. Auffangmöglichkeiten bieten sich für die Neuankömmlinge kaum, daher sprechen die Städte von einem Zuwachs an Armut Kriminalität und vielen Straßenkindern. Jugendliche werden zudem für politische Zwecke und

Interessensvertretungen instrumentalisiert. Viele lokale Konflikte brechen auf und althergebrachte, wie bspw. im Südkivu zwischen den Banyamulenge und anderen dortigen Gruppen, verschärfen sich. Der politische Stillstand in Kinshasa legitimiert zudem auch die Milizen an ihren Orten zu bleiben und ihre Interessen durchzusetzen.

Gewalttätige Ausschreitungen steigen auch in der Hauptstadt Kinshasa. Die extreme Gewalt in Kasai, die anhaltenden Konflikte in den beiden Kivuregionen und der Austausch in der Führungsebene in Polizei und Armee mit regierungsfreundlichen Personen sind für Kritiker der Regierung deutliche Anzeichen für eine mögliche Verhängung des Ausnahmezustandes – laut Artikel 144 der Verfassung – durch die Regierung. Damit hätte Präsident Kabila eine Legitimierung, offiziell die Verschiebung der Präsidentschaftswahl auf einen ungewissen Zeitraum zu verkünden.

Wirtschaftliche und soziale Situation

Die politische Krise hat enorme Folgen für die Wirtschaft und das Alltagsleben der Bevölkerung. Eine Mehrheit der Kongolesen lebt in wirtschaftlich armen Verhältnissen und ist von Arbeitslosigkeit betroffen. Perspektivlosigkeit und Frustration sowie der allgemeine Stillstand auf allen Ebenen verursachen eine Zunahme von Gewalt innerhalb der Gesellschaft und der Familien. Arbeitslose Jugendliche schließen sich vermehrt in der Hauptstadt Kinshasa zu Gangs zusammen und sorgen für Angst und Unruhe. Zudem instrumentalisieren Politiker die Jugendlichen für ihre persönlichen und politischen Ziele, um sie für ihre Wahlkampagne einzuspannen.

Die wirtschaftliche Misere wächst parallel zu den steigenden Preisen von Lebensmitteln und anderen Gütern. So sind bspw. alle Güter außer Obst und Gemüse in den Kivuregionen Importware. Der kongolesische Franc verliert monatlich an Wert.

Allein 2016 verließen 920.000 Menschen das Land. Ende März 2017 waren insgesamt 3,7 Millionen Menschen im Kongo auf der Flucht – mehr als doppelt so viele wie noch Anfang 2016. Laut VN-Angaben sind zudem 3,8 Millionen Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Vor allem für Kinder sei die Lage dramatisch. Das VN-Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten OCHA schätzt, dass ca. 1,9 Millionen Kinder unter fünf Jahren unter akuter Mangelernährung leiden.

Internationale Reaktionen

Aufgrund wachsender Zahlen kongolesischer Flüchtlinge vor allem in Angola, äußert sich das Nachbarland ebenso wie die Regierungen in Kongo-Brazzaville zunehmend kritisch gegenüber Präsident Kabila und fordert baldige politische Lösungen. Andere Anrainerstaaten distanzieren sich kaum von der Regierung in Kinshasa. Im Gegenteil, ein verstärkter diplomatischer Austausch findet vor allem zwischen Burundi und der DR Kongo statt.

Gezielte Sanktionen gegen die DR Kongo auf Ebene des VN-Sicherheitsrates verhindern die Länder Russland, China, Ägypten und Äthiopien. Präsident Kabila ist momentan sehr viel auf Reisen, wie bspw. in Kairo, um politische Unterstützung zu gewinnen und Netzwerke zu knüpfen.

Die Regierungsverhandlungen zwischen DR Kongo und Deutschland sind bis aufs Weitere verschoben. Konsultationen sollen erst wieder aufgenommen werden, wenn das Silvesterabkommen seitens der kongolesischen Regierung umgesetzt ist. Es werden keine neuen Programme der Entwicklungszusammenarbeit auferlegt, allerdings laufen die bestehenden EZ-Projekte weiter.

Ende Mai 2017 hat die EU ihre Sanktionen gegen die DR Kongo ausgeweitet. Neun weitere Vertreter der Sicherheitsbehörden und der Regierung in der DR Kongo wurden mit Einreiseverboten und Vermögenssperren belegt. Wegen Menschenrechtsverletzungen und der Behinderung freier Wahlen hatte die EU bereits im Dezember gegen sieben Mitglieder der Sicherheitskräfte solche Sanktionen verhängt.

Zivilgesellschaft

In der DR Kongo gilt seit den blutigen Auseinandersetzungen im Dezember 2016 ein Verbot von Versammlungen und Demonstrationen seitens der Opposition und Zivilgesellschaft. Vor allem in Kinshasa sind alle nichtstaatlichen Versammlungen verboten, nur regierungsfreundliche Aufmärsche dürfen stattfinden. Über 400 Fälle illegaler Festnahmen und Fälle von Verschwindenlassen in Kinshasa zählte das VN-Menschenrechtsbüro bis Mai 2017.

Viele Gesprächspartner nehmen zwar weniger Polizei in Uniform im Stadtbild wahr, sprechen aber von einer Zunahme von Sicherheitskräften in ziviler Kleidung, vor allem auch des staatlichen Geheimdienstes ANR und der Präsidialgarde. Diese unsichere Situation kreiert eine Psychose innerhalb der Bevölkerung und das gegenseitige Misstrauen steigt.

Einer der prominentesten zivilgesellschaftlichen Akteure, der Gynäkologe Denis Mukwege, gründete mit weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft aus den beiden Kivu-Regionen das Bündnis „Chemin de la Paix“. Ihnen war es möglich im Mai dieses Jahres in Bukavu auf die Straße zu gehen und gegen die anhaltenden politischen Verhältnisse friedlich zu protestieren. Andere Akteure der Zivilgesellschaft, allen voran die jungen Demokratiebewegungen wie „La Lucha“, „Filimbi“, „Quatrième Voix/i lest temps“ u.a. fallen immer wieder mit friedlichen Aktionen auf und werden regelmäßig festgenommen. Dabei hat sich die Strategie der „La LUCHA“-Aktivisten von der Makroebene auf die Mikroebene verlagert. So fordern sie verstärkt die Lösung lokaler Probleme wie der kommunalen Müllentsorgung und Wasserversorgung, korruptionsfreie Universitäten und machen auf kommunale Missstände aufmerksam, was Ihnen ein Zugewinn von Sympathisanten einbringt. Sie sprechen greifbare Probleme direkt an und fordern wiederholt ihre Rechte ein.

Da Demonstrationen verboten sind, werden andere Wege der Mobilisierung und der Demonstration gesucht. Die Menschenrechtsorganisation ASADHO bspw. lancierte im Mai 2017 für zwei Wochen die Kampagne: „J'aime le Congo“. Ziel solcher Kampagnen ist es, zu mobilisieren aber nicht zu provozieren. Der Regierung soll weiterhin demonstriert werden, dass die Forderung nach Wahlen und stabilen politischen Verhältnissen unter der Respektierung der Verfassung seitens der Bevölkerung unverändert bleibt.

Die kongolesische Regierung unterdrückt die Arbeit von Journalisten und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowohl auf internationaler als auch nationaler Ebene. Die langjährige RFI-Journalistin Sonja Rolley erhielt nach über 10-jähriger Berichterstattung aus der DR Kongo keine weitere Akkreditierung der zuständigen kongolesischen Behörden. Mitarbeiter der US-amerikanischen NGO „Global Witness“, die intensiv zur Rohstofffrage recherchiert haben, stehen auf der roten Liste der Behörden und erhielten keine Visa.

Ein weiteres Phänomen ist die Unterwanderung von regierungsfreundlichen Leuten in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens. Nichtregierungsorganisationen sehen sich davon genauso betroffen wie Universitäten oder Oppositionsparteien. Betont wurde, dass sich Mitbürger aufgrund der eigenen prekären Lebenssituation manipulieren und kaufen lassen, was zu einer Fragilität in der Gesellschaft und zu einem erhöhten gegenseitigen Misstrauen führt.

Die Rolle der Kirche

Die katholische Kirche ist das stärkste Korrektiv zur amtierenden Regierung und publiziert trotz erschwelter Bedingungen weiterhin kritische Plädoyers. Daher gerät sie zunehmend in den Fokus der Regierung. Als Folge dessen sehen sich auch Personen aus der Reihe der katholischen Bischofskonferenz CENCO verstärkt Bedrohungen ausgesetzt. Die CENCO wurde nach ihrem Rückzug aus den Verhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition im März 2017 in den Medien von Regierungsseite angegriffen. Seitdem verschärft sich der Ton der Regierung gegenüber der CENCO. Diese plant, das gedruckte Silvesterabkommen in den einzelnen Gemeinden landesweit zu verteilen und die Leute dazu aufzurufen, sich registrieren zu lassen. Im Vorfeld kam Kritik von verschiedenen Stimmen auf, dass sich die Gespräche der CENCO in Kinshasa von der Lebensrealität abheben und nicht mit der Basis in den Kommunen geteilt werden. Die Bevölkerung im Land wisse zu wenig darüber, was die Bischöfe verhandeln. Daher plant die CENCO das Silvesterabkommen innerhalb der Diözesen und von Gottesdiensten mit der Bevölkerung kommunizieren

Die Spannungen zwischen der protestantischen Kirche ECC und der CENCO sind präsent. Die ECC hat im April die Aktivitäten der CENCO in einem Communiqué kritisiert. Des Weiteren ist eine große Diskrepanz zwischen Basis und der Leitungsebene vor allem bei der ECC festzustellen. Seit 2011 fehle es an gemeinsamen Diskussion- und Austauschplattformen. Einige Stimmen fordern, dass sich die ECC aus dem Pulk der anderen protestantischen Kirchen ausgliedern und eine eigene Stimme entwickeln sollte. Bislang hält sich die ECC zur offenen Kritik an der Regierung mit der Begründung zurück, dass es kaum möglich sei zwischen den verschiedenen protestantischen Kirchen einen Konsens zu finden. Hoffnungen werden in die Wahlen der ECC-Synode vom 14.-19. August 2017 gesteckt.

Aber auch die großen Kirchen in der DR Kongo leiden unter einer Legitimationskrise, was sich unter anderem in einem Mitgliederschwund ausdrückt und daher neue Ideale und Theologien benötigt werden, um die Bevölkerung mitzunehmen.

Großer Wunsch, war neben klaren politischen Verhältnissen das Überbrücken des großen Grabens zwischen den beiden großen Kirchen.

Gesine Ames